



Projektland: Venezuela

**Quartal/Jahr: Juli bis September
2010**

Schlagzeilen:

- **Parlamentswahlen: Chávez verfehlt Zwei-Drittel-Mehrheit in Nationalversammlung**
- **Chávez lässt den Sarg von Simón Bolívar öffnen**
- **Venezuela und Kolumbien versöhnen sich**

Parlamentswahlen: Chávez verfehlt Zwei-Drittel-Mehrheit in Nationalversammlung

Venezuela wählte am 26. September 2010 eine neue Nationalversammlung (Asamblea Nacional; 165 Abgeordnete) sowie seine Vertreter im Lateinamerikanischen Parlament (Parlamento Latinoamericano; 12 venezolanische Abgeordnete). 17.575.975 Bürgerinnen und Bürger waren wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung belief sich auf 66,45%. Es wurde in 12.562 Wahllokalen abgestimmt. In den 87 Wahlkreisen befanden sich insgesamt 445.915 Wahlhelfer im Einsatz.

Partido Socialista Unido de Venezuela (PSUV) versus Unidad Democrática

Drei politische Gruppierungen wetteiferten um die Sitze in den Parlamenten:

- die Parteien des Regierungslagers, also in erster Linie die PSUV und die Partido Comunista de Venezuela;
- Die Unidad Democrática, ein Zusammenschluss von Oppositionsparteien des Mitte-Rechts- bis Mitte-Links-Spektrums. Zu nennen sind hier u.a.: Acción Democrática, Alianza Bravo Pueblo, Copei, La Causa Radical, Movimiento al Socialismo, Movimiento Republicano, Podemos, Primero Justicia, Proyecto Venezuela und Un Nuevo Tiempo;
- Parteien, welche sich weder mit den Parteien des Regierungslagers noch mit der Unidad Democrática verbünden wollen (z.B. Patria Para Todos).

Das Wahlziel der Opposition

Die Opposition boykottierte vor fünf Jahren die Wahl der Abgeordneten der Asamblea Nacional. Ein schwerer Fehler, wie die Gegner von Staatspräsident Hugo Chávez heute eingestehen. Bei einer Wahlenthaltung von 75% sicherte sich damals die PSUV die Kontrolle über das Parlament und konnte so den Umbau des Staates in Richtung „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ widerstandslos vorantreiben. Diesmal war es das Ziel der Chávez-Gegner, eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Parteien des Regierungslagers in der Nationalversammlung zu verhindern, was gelang.

Die Wahlergebnisse im Einzelnen

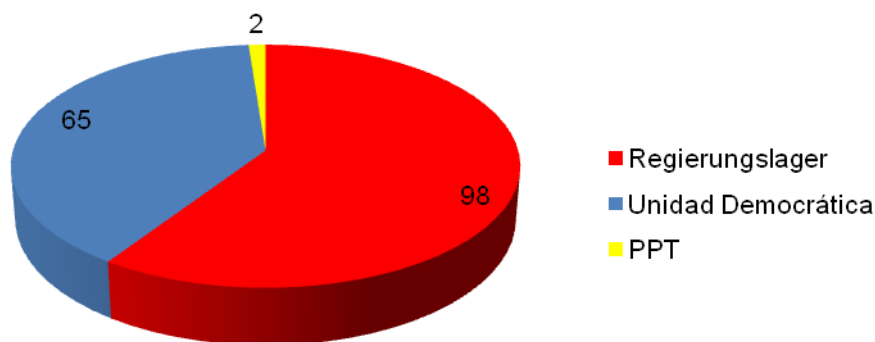
a) Nationalversammlung (Asamblea Nacional)

Von den 165 Abgeordneten der Asamblea Nacional wurden 113 (darunter die 3 Repräsentanten der indigenen Minderheit) gemäß dem Mehrheitswahlrecht (Diputados nominales) und 52 gemäß dem Verhältniswahlrecht gewählt (Diputados lista). Für die Wahl der 3 Repräsentanten der indigenen Minderheit wurden 3 Spezialwahlkreise gebildet. Auf jeden Spezialwahlkreis entfiel mithin ein indigener Abgeordneter. Den Spezialwahlkreis Süd bildeten die Bundesstaaten Amazonas und Apure, den Spezialwahlkreis West die Bundesstaaten Mérida, Trujillo und Zulia und den Spezialwahlkreis Ost die Bundesstaaten Anzoátegui, Bolívar, Delta Amacuro, Monagas und Sucre. Nachstehend das Wahlergebnis:

Das Regierungslager wird mithin in der neuen Nationalversammlung über keine Zwei-Drittel-Mehrheit mehr verfügen. Chávez gestand ein, mit dem Wahlergebnis nicht zufrieden zu sein, zeigte sich aber trotzdem davon überzeugt, die Implementierung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ in Venezuela weiter vorantreiben zu können. Die Opposition (Unidad Democrática, PPT und Andere zusammen) erhielt etwas mehr als 53% der abgegebenen Stimmen und fiebert daher bereits jetzt der im Jahre 2012 stattfindenden Präsidentenwahl mit Spannung entgegen.

Die 3 indigenen Abgeordneten werden in der neuen Asamblea Nacional vom Consejo Nacional Indio de Venezuela, von der Fundación para la Capacitación e Integración y Dignificación sowie vom Movimiento Indígena Autónomo del Estado Zulia gestellt werden. Zwei indigene Abgeordnete werden dem Regierungslager und einer der Unidad Democrática zugerechnet.

Grafik 1: Verteilung der Sitze in der neuen Nationalversammlung



Von allen gewählten Abgeordneten erhielt die Oppositionspolitikerin María Corina Machado die meisten Stimmen (235.259). Chávez diffamierte sie als Repräsentantin der Bourgeoisie. Er wüschte sich Machado als Gegenkandidatin bei den Präsidentschaftswahlen 2012, „um sie zu zerstören“.



Peter Witterauf (links) und Klaus Georg Binder (rechts) im Gespräch mit der der neuen Nationalversammlung angehörenden Oppositionspolitikerin María Corina Machado (Unidad Democrática)
(Foto: HSS-Venezuela)

b) Lateinamerikanisches Parlament (Parlamento Latinoamericano)

Das Lateinamerikanische Parlament mit Sitz in Panama City setzt sich momentan aus Abgeordneten aus 22 Ländern zusammen. Seine Hauptaufgabe besteht in der Forcierung der Integration Lateinamerikas. Auf Venezuela entfallen 12 Sitze, davon einer auf einen Repräsentanten der indigenen Minderheit. Während der indigene Abgeordnete von den Wählern aller Wahlkreise gemäß dem Mehrheitswahlrecht bestimmt wurde, wurden die restlichen 11 Abgeordneten gemäß dem Verhältniswahlrecht gewählt.

Das Regierungslager wird zukünftig im Lateinamerikanischen Parlament mit 7 Abgeordneten und die Unidad Democrática mit 5 Abgeordneten vertreten sein. Die Wahl des indigenen Abgeordneten konnte der Consejo Nacional Indio de Venezuela für sich entscheiden. Dieser wird dem Regierungslager zugerechnet.

Unfaire Wahlen

Oppositionelle Radio- und Fernsehsender werden von der venezolanischen Regierung schon seit geraumer Zeit gegängelt. Venezuela erreicht in der von den Reportern ohne Grenzen im Oktober 2009 veröffentlichten „Rangliste zur weltweiten Situation der Pressefreiheit“ lediglich den 124. Platz (von 175). Zudem verfügte Chávez per Gesetz, dass ihm alle Sender ein Mindestmaß an Sendezeit zur Verfügung stellen müssen. Neben seiner wöchentlichen Sendung „Aló Presidente“ müssen die Sender die sogenannten Cadenas (Ansprachen von Chávez oder von Regierungsmitgliedern), die oft mehrere Stunden dauern, in voller Länge übertragen. Von Chancengleichheit im Wahlkampf konnte mithin nicht die Rede sein.

Ein neues, nicht verfassungskonformes Wahlgesetz, welches im August 2009 von der Asamblea Nacional verabschiedet wurde, begünstigte die Parteien des Regierungslagers:

- Es schreibt vor, dass 70% der Abgeordneten der Nationalversammlung gemäß dem Mehrheits- (2005: 60%) und 30% gemäß dem Verhältniswahlrecht (2005: 40%) gewählt werden. In Bundesstaaten mit insgesamt 9 oder weniger Sitzen in der Asamblea Nacional, was auf 20 von insgesamt 24 Bundesstaaten zutrifft, müssen von den Wählern grundsätzlich 2 Abgeordnete gemäß dem Verhältnis- und der Rest gemäß dem Mehrheitswahlrecht bestimmt werden. Zwischen den Bundesstaaten existierten hinsichtlich der Anwendung des Mehrheits- und des Verhältniswahlrechts große Unterschiede. So

wurden beispielsweise im Bundesstaat Zulia 80% der Abgeordneten gemäß dem Mehrheits- und lediglich 20% gemäß dem Verhältniswahlrecht gewählt. Im Bundesstaat Amazonas offenbarte sich ein umgekehrtes Bild. Dort wurden von den Wählern 33% der Abgeordneten gemäß dem Mehrheits-, aber 66% gemäß dem Verhältniswahlrecht bestimmt.

- Es bevorzugt die bevölkerungsarmen, ländlichen Bundesstaaten, in welchen die Regierung große Unterstützung erfährt. Dort war die Relation „Anzahl an Einwohnern zu Anzahl an gemäß dem Mehrheitswahlrecht zu wählenden Kandidaten“ weitaus geringer als in den bevölkerungsreichen, urbanen Bundesstaaten, in welchen sich die Hochburgen der Opposition befinden (z.B.: Bundesstaat Delta Amacuro 81.936 versus Bundesstaat Miranda 334.501).
- Außerdem wurde in einigen Bundesstaaten die Anzahl an Wahlkreisen bzw. deren geographischer Zuschnitt zu Gunsten der Kandidaten des Regierungslagers modifiziert. Beispiel: Der Bundesstaat Barinas setzt sich traditionell aus zwei Wahlkreisen zusammen. Diesmal wurde jedoch die Gemeinde Cruz Paredes dem anderen der beiden Wahlkreise zugeschlagen. Aufgrund dieser Veränderung konnten in beiden Wahlkreisen jeweils 2 Abgeordnete gemäß dem Mehrheitswahlrecht gewählt werden. Ohne die Grenzmodifikation hätten die Wähler des einen Wahlkreises 3 Abgeordnete und die des anderen lediglich einen Abgeordneten gemäß dem Mehrheitswahlrecht bestimmen dürfen.

Das von der Obersten Wahlbehörde, dem Consejo Nacional Electoral, veröffentlichte „Reglamento en Materia de Observación Nacional Electoral y Acompañamiento Internacional Electoral“ engte den Handlungsspielraum der akkreditierten nationalen Wahlbeobachter und der akkreditierten internationalen Wahlbegleiter erheblich ein. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Artikel 15, 16 und 19 des Regelwerks. In Artikel 15 Nr. 1 steht geschrieben, dass sich die akkreditierten Wahlbeobachter bzw. -begleiter nicht während der Wahlen zu internen Angelegenheiten Venezuelas öffentlich äußern dürfen. In Artikel 16 Nr. 5 heißt es, dass die akkreditierten Wahlbeobachter bzw. -begleiter ihre Schlussfolgerungen und Empfehlungen nur an die Oberste Wahlbehörde, nicht aber an Dritte weitergeben dürfen. In Artikel 19 steht schließlich geschrieben, dass die Gruppe der akkreditierten nationalen Wahlbeobachter bzw. die der akkreditierten internationalen Wahlbegleiter nach Abschluss der Wahlen bei der Obersten Wahlbehörde einen vertraulichen, schriftlichen Bericht einzureichen haben. Der Inhalt des Berichts zieht keinerlei juristische Konsequenzen nach sich, seine Veröffentlichung obliegt der Obersten Wahlbehörde.

Chávez griff im Wahlkampf auf sein erprobtes Standardrepertoire von Polarisierung und Konfrontation zurück. So ließ er den Wählern die Wahl zwischen „Revolutionären“ und „Vaterlandsverrätern“. Immer wieder drohte er den gegnerischen Kandidaten: „Wir werden ihnen eine Tracht Prügel verabreichen, wir werden sie politisch zerstören.“

Düstere Regierungsbilanz

Chávez tat gut daran, die Realität aus seinem Wahlkampf auszuklammern, denn seine Bilanz nach gut elf Jahren an der Macht ist überwiegend düster.

Die offiziellen Statistiken der größten lateinamerikanischen Länder zeigen, dass die internationale Wirtschaftskrise überwunden ist und sich die Wirtschaften wieder positiv entwickeln. Nur Venezuela leidet unter einer starken Stagflation (Rezession und Inflation). Im ersten Quartal 2010 schrumpfte die Wirtschaft Venezuelas um 5,2%, im zweiten um 1,9%.

Die Statistiken der Banco Central de Venezuela offenbaren, dass sich die Preise im zweiten Quartal 2010 um 9,6% erhöhten, womit die Preissteigerung im zweiten Quartal 2009 um glat-

te 4 Prozentpunkte übertroffen wurde. Im April 2010 belief sich die monatliche Inflationsrate auf 5,2%, bei Speisen und nicht-alkoholischen Getränken sogar auf „stolze“ 11,1%. Währungsabwertung und Reduktion des Angebots aufgrund des Niedergangs der heimischen Produktion sind die wesentlichen Gründe für das Desaster.

Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind rarer geworden, insbesondere für junge Leute. Die Arbeitslosenquote bei den 15 bis 24-Jährigen lag Ende April 2010 bei 17,2%, 1,6 Prozentpunkte höher als im Vorjahr, was 381.233 jungen Menschen ohne Arbeit entspricht. Sie war mithin mehr als doppelt so hoch wie die durchschnittliche Arbeitslosenquote, welche Ende April 2010 8,2% betrug (1.072.612 Arbeitslose).

800.000 überwiegend junge und gut ausgebildete Venezolaner kehrten während der letzten 10 Jahre Venezuela den Rücken, um anderswo ihre Lebenspläne zu verwirklichen. Humankapital, das nun anderen Volkswirtschaften zur Verfügung steht. Die meisten von ihnen leben heute in den USA oder der Europäischen Union. Kriminalität, Korruption und Arbeitslosigkeit sind einige der Gründe, welche den Aderlass an Talenten verursachten und auch zukünftig verursachen werden. Laut Iván de la Vega, Professor an der Universidad Simón Bolívar, spielen 72% der Studierenden mit dem Gedanken, Venezuela zu verlassen.

Eine kürzlich von Keller & Asociados durchgeführte Untersuchung förderte zu Tage, dass 37% der Venezolaner die Kriminalität, 15% die steigenden Lebenshaltungskosten, 14% die mangelhafte Versorgung mit Strom, Wasser und sonstigen Diensten und 13% die Arbeitslosigkeit als das größte Problem im Lande betrachten.

Chávez lässt den Sarg von Simón Bolívar öffnen

Venezuelas Staatschef Hugo Chávez ließ den Sarg des lateinamerikanischen Unabhängigkeitskämpfers Simón Bolívar öffnen. Er wollte prüfen lassen, ob Bolívar möglicherweise einem Verbrechen zum Opfer fiel. Natürlich wurde die mehrere Stunden dauernde Prozedur der venezolanischen Bevölkerung im Fernsehen präsentiert. Gezeigt wurde eine Gruppe von Wissenschaftlern, welche die sterblichen Überreste Bolívars untersuchte.

All dies wurde von Chávez über Twitter kommentiert: „Mein Gott, mein Herr Jesus, als ich stumm betete und diese Knochen sah, dachte ich an dich – und wie sehr hätte ich mir gewünscht, dass du gekommen wärest und wie einst zu Lazarus gesagt hättest: Erhebe dich, Simón.“

Historiker sind zwar gemeinhin zu dem Schluss gekommen, dass der gesundheitlich angeschlagene Bolívar im Jahre 1830 in Santa Marta an Tuberkulose verstarb. Chávez behauptet aber seit Langem, der im Jahre 1783 in Caracas geborene Held der lateinamerikanischen Unabhängigkeitsbewegung sei vergiftet worden. Und für Chávez steht auch fest, wer dies bewerkstelligt haben soll: der Kolumbianer Francisco de Paula Santander, einst General und Präsident von Großkolumbien. Diese kurzlebige Republik setzte sich aus den von Spanien befreiten Provinzen Venezuela, Ecuador und Neu-Granada (heute Kolumbien und Panama) zusammen. Ihre Wiederherstellung ist das Fernziel von Chávez.

Chávez ist ein glühender Verehrer Bolívars und hat ihm zu Ehren Venezuela in die Bolivarianische Republik Venezuela umbenannt. Er kündigte an, die Überreste des Befreiers vom spanischen Kolonialjoch in einem goldenen Sarg in einem neu zu bauenden Pantheon bestatten zu wollen.

Die Opposition bezeichnete die Öffnung des Sargs als lächerliche Show und forderte den Präsidenten auf, sich auf Probleme wie Kriminalität, Inflation und Korruption zu konzentrieren.

Venezuela und Kolumbien versöhnen sich

Am 7. August ist der frühere Verteidigungsminister Juan Manuel Santos als neuer Präsident Kolumbiens vereidigt worden. Der 58-jährige Santos folgt auf Álvaro Uribe, der das südamerikanische Land acht Jahre lang regierte.

Uribe, der stets eine enge Beziehung zu den USA unterhalten hatte, und der mit dem kommunistischen Kuba verbündete venezolanische Präsident Hugo Chávez waren in der Vergangenheit wiederholt aneinander geraten. Kurz vor der Amtsübergabe an Santos verschärfen sich die Spannungen zwischen den beiden Ländern. Kolumbien hatte auf einer Sitzung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Washington dem Nachbarland vorgeworfen, kolumbianische Rebellen zu beherbergen. Bogotá präsentierte Fotos und Videos, die bezüglich der seit Langem vermuteten Präsenz der kolumbianischen Guerillagruppen FARC und ELN auf venezolanischem Gebiet keinen Zweifel mehr lassen.

Die Botschafter beider Länder lieferten sich auf der OAS-Sitzung hitzige Wortgefechte. Der kolumbianische OAS-Botschafter Luis Alfonso Hoyos bezifferte die Zahl der sich in Venezuela befindenden FARC- und ELN-Kämpfer auf 1.500. Diese hätten erst vor Kurzem von Venezuela aus Angriffe auf Kolumbien unternommen. Er sprach außerdem von dutzenden Rebellenlagern auf venezolanischem Territorium und forderte die Einrichtung einer internationalen Kommission, welche die Lager besuchen sollte. Venezuelas Vertreter Roy Chaderton wies die Beschuldigungen zurück und forderte seinerseits die Entsendung einer Kommission zur Untersuchung der US-Militärstützpunkte in Kolumbien.

Chávez verkündete daraufhin den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. „Wir haben keine andere Wahl, als um unserer Würde willen die Beziehungen zu unserer Brudernation Kolumbien vollständig abubrechen“, sagte er in einer direkt übertragenen Fernsehansprache im Beisein der argentinischen Fußball-Legende Diego Armando Maradona. Der venezolanische Außenminister Nicolás Maduro gab den kolumbianischen Diplomaten 72 Stunden Zeit, um Venezuela zu verlassen.

Chávez unterstellte Kolumbien, gemeinsam mit den USA einen Krieg gegen Venezuela anzetteln zu wollen. Uribe sei dazu im Stande, im venezolanischen Dschungel ein falsches Guerillacamp zu errichten, um einen Krieg zwischen beiden Nationen auszulösen. „Wenn es einen Krieg mit Kolumbien geben sollte, werden wir weinend in diesen Krieg ziehen – aber wir werden es tun.“ Chávez verstärkte seine Streitkräfte an der 2.200 Kilometer langen kolumbianisch-venezolanischen Grenze und versetzte sie in höchste Alarmbereitschaft. Zudem drohte er, die Öllieferungen in die USA zu stoppen, sollten diese einen Angriff Kolumbiens auf sein Land unterstützen. „Selbst wenn jeder hier Steine essen muss, würden wir keinen einzigen Tropfen Öl mehr liefern.“

OAS-Generalsekretär José Miguel Insulza rief beide Länder dazu auf, ihre Gemüter zu kühlen. Er erinnerte daran, dass es nicht das erste Mal sei, dass beide Länder ihre Beziehungen abgebrochen hätten. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon forderte Kolumbien und Venezuela zum Dialog auf. Ban hoffe, dass die Streitigkeiten der beiden Regierungen auf friedliche Weise gelöst werden könnten, sagte ein Sprecher.

Nun scheint in diesen Konflikt Bewegung zu kommen, obwohl Uribes Rechtsanwalt Jaime Granados noch unmittelbar vor dem Machtwechsel erklärte, Chávez vor dem Internationalen

Strafgerichtshof in Den Haag wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verklagt zu haben. Santos sagte in seiner Antrittsrede: „Das Wort Krieg gehört nicht mehr zu meinem Wortschatz, wenn ich über Kolumbiens Beziehungen zu seinen Nachbarn nachdenke.“ Er bot Chávez „freimütige und direkte“ Gespräche an, „hoffentlich so bald wie möglich“.

Die Gelegenheit zum Dialog eröffnete sich schon wenige Tage später: Santos und Chávez vereinbarten bei ihrem ersten Treffen in Santa Marta an der kolumbianischen Karibikküste die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Fünf gemeinsame Kommissionen sollen die Differenzen zwischen den beiden Nachbarn überwinden.

Santos erklärte, Chávez und er hätten ein offenes, direktes und ernsthaftes Gespräch geführt und einen großen Schritt nach vorne unternommen. Auch Chávez sagte, das Gespräch sei brüderlich verlaufen: „Ich bin hierhergekommen, um eine neue Seite aufzuschlagen.“ Er lobte ausdrücklich den kubanischen Revolutionsführer Fidel Castro, der am Vorabend des Versöhnungstreffens vor einem Krieg gewarnt hatte: „Fidel Castro hatte Recht, als er sagte, dass ein Krieg unmöglich sei.“ Dann wandte er sich an Santos und erklärte: „Sie haben gesagt, das Wort Krieg aus ihrem Wortschatz gestrichen zu haben, nun gut, aus meinem ist es auch getilgt.“

Santos horchte sichtbar auf, als Chávez auf das Thema Guerilla zu sprechen kam: „Was wir alle wollen ist Frieden, Frieden und nochmals Frieden.“ Bereits vor seinem Flug nach Kolumbien forderte er die FARC-Rebellen dazu auf, endlich alle Geiseln freizulassen, um den Weg für direkte Friedensverhandlungen freizumachen. Es war nach langer Zeit die erste deutliche Distanzierung Venezuelas vom bewaffneten Kampf der FARC.

Das Treffen fand an einem symbolträchtigen Ort statt: Die beiden Präsidenten führten ihre Gespräche in dem Haus, in dem der südamerikanische Unabhängigkeitskämpfer Simón Bolívar 1830 gestorben war. Dieser wird sowohl in Kolumbien als auch in Venezuela als Nationalheld verehrt.

Für beide Länder ist die Lösung ihres Konfliktes nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht zwingend erforderlich. Die kolumbianische Wirtschaft beklagt Außenstände von mehr als 800 Millionen US-Dollar für bislang unbezahlte Lieferungen an Venezuela. Unmittelbar nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist der Handel zwischen den beiden Ländern nahezu vollständig eingebrochen. Vor allem die einflussreichen kolumbianischen Großunternehmer drängten Santos, die Krise möglichst schnell zu beenden, damit der Export ins Nachbarland wieder ins Rollen kommt. Aber auch Venezuelas schwächelnde Wirtschaft braucht dringend Impulse. Kolumbiens boomende Wirtschaft könnte für das ganz auf die Ölförderung fixierte Venezuela von Vorteil sein.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR: PROF. DR. KLAUS GEORG BINDER
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX: +49 (0)89 1258-359
E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
ERSTELLT AM: 10. OKTOBER 2010